



Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Udo Wolf:

Berlin braucht einen Solidarpakt



Udo Wolf ist seit November 2001 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er arbeitet in den Ausschüssen Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie Stadtentwicklung und Umweltschutz. Wolf ist stellvertretender Landesvorsitzender der PDS.

Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst auf Bundesebene brachten ein Ergebnis, das Berlin sich nicht leisten kann. Berlin befindet sich in einer extremen Haushaltsnotlage. Die Tarifpartner im Bund waren nicht bereit, eine Härtefallklausel für das Haushaltsnotlage-Land Berlin zu verhandeln. Um dennoch einen Solidarpakt für Berlin verhandeln zu können, musste der Senat aus den Arbeitgeberverbänden austreten. Nicht um den Flächentarifvertrag zu zerstören, sondern um die Möglichkeit zu haben, einen tragfähigen Kompromiss für das Gemeinwesen und die Landesbeschäftigten zu erreichen.

Zur Erinnerung: Berlin hat 45 Milliarden Euro Schulden, von den acht Milliarden Steuereinnahmen Berlins werden sieben für die Landesbediensteten ausgegeben. Überall fehlt Geld, bei den Investitionen, beim Erhalt von Infrastruktur, bei der Kultur, bei den freien Trägern. Die Umsetzung unserer Forderung nach Einführung der Vermögenssteuer im Bund brächte Berlin etwa 200 Millionen Euro. Diese Einnahmeverbesserung befreit uns noch nicht vom Konsolidierungsdruck.

Deshalb hat der Senat den Gewerkschaften ein Angebot für einen Solidarpakt unterbreitet. Für den Verzicht auf Gehaltserhöhung, Urlaubsgeld und einen Teil des 13. Monatsgehaltes soll es Arbeitszeitverkürzung, einen Ausbildungs- und Einstellungskorridor und eine Beschäftigungssicherungsvereinbarung geben. Soziale Differenzierungen zwischen den verschiedenen Gehaltsgruppen sind möglich. Der Einsparereffekt für das Land Berlin für 2003 wären 250 Mio. Euro und für 2004 sind es 500 Mio. Euro. Die Rückkehr in den Flächentarifvertrag könnte wieder möglich werden. Berlin ist ein Härtefall. Das Solidarpaktangebot ist schmerzhaft für die Beschäftigten, aber vernünftig. Das Scheitern des Solidarpaktes wäre eine Katastrophe für die ganze Stadt. Wir wollen dass er gelingt, nicht gegen, sondern mit den Gewerkschaften.

Udo Wolf

Krieg stoppen, bevor er beginnt !

Jedes Jahr im Januar trägt der Präsident der USA in Washington seinen Bericht zur Lage der Nation vor. Im Jahr 2002 wurde von George W. Bush bei dieser Gelegenheit unter anderem der Begriff „Achse des Bösen“ geschaffen. Während vor allem britische und USA-Soldaten noch durch Afghanistan marodierten, um Osama Bin Laden zu jagen und die Frauen von Burka und Taliban zu „befreien“, wurden unter dieser Losung bereits die nächsten potentiellen Kriegsgegner benannt: Der Irak, der Iran und Nordkorea.

Burka und Taliban gibt es immer noch. Osama Bin Laden scheint es hingegen nie

Eine Hauptrolle, der nur ungern ein Platz auf der Besetzungsliste der USA eingeräumt wird, ist der UN-Sicherheitsrat. Hier soll die Weltgemeinschaft zusammen das Gewaltmonopol ausführen können. Genau dieses Gremium will nun den Irak-Krieg noch verhindern. Der Irak soll weiter von den UNMOVIC-Waffen-Inspektoren kontrolliert werden, dabei maximale Kooperation beweisen und sich letztendlich entwaffnen lassen.

Eine weitere von der USA-Administration nicht eingeplante Hauptrolle geht an die wiedergeborene zweite Supermacht der Welt: Die globale Anti-Kriegs-Bewegung. Täglich gewinnt ihre Stimme an Gewicht und schafft

Für Frieden



Jeden Montag:

■ Friedensdemo ab HU, Unter den Linden, 18 Uhr

■ Anti-Kriegs-Komitee Neukölln 18.30 Uhr, Cafe Orlando, Weserstr. 5

7. Februar, 17 Uhr:

■ Kundgebung am Hermannplatz

15. Februar, 12 Uhr Global-Action-Day

Europaweiter Aktionstag gegen Krieg

Demos Alexanderplatz und Breitscheidplatz,

Abschluss 14-16 Uhr, Nähe Brandenburger Tor

gegeben zu haben. Zumindest ist er als Staats-, ja Weltfeind Nummer eins innerhalb nur weniger Monate komplett aus der medialen und geheimdienstlichen Berichterstattung verschwunden. Seinen Part hat nun Saddam Hussein übernommen. Denn so wollte es der Regisseur Bush. Doch die vielen Nebendarsteller, die helfen sollten den Badboy aus Bagdad filmreif schnell zu stürzen, wollen nach und nach nicht mehr mitspielen. Seit Bushs Rede 2002 hat sich also an der Besetzung einiges geändert, das Drehbuch beinhaltet aber noch immer die gleiche grausige Geschichte: Blut für Öl und Pipelines. Kreuzzug gegen den Islam. Und einer oder zwei gegen den Rest der Welt.

es nach und nach sogar, das Meinungsbild der konservativeren Medien zu verändern. Nicht nur, dass weltweit viele Millionen Menschen jede Woche ihren Unmut über Bushs Kriegsszenarien auf der Straße durch Demonstrationen, Mahnwachen und Kundgebungen manifestieren. In großen Hörsälen, Kongresszentren, aber auch in irgendwelchen Cafes in unserer Nachbarschaft werten Menschen die aktuellen Schreckensmeldungen über das Regime Hussein und ihre wahren Zweckmäßigkeiten aus.

Bei diesen vielen Informationsveranstaltungen dringt eine Ansicht immer wieder durch:

► Fortsetzung auf Seite 3

Start ins Jahr 2003 – sozial und gerecht trotz knapper Kassen

Bericht von der BVV vom 29. Januar

Die CDU bestand in der BVV auf Diskussionen zur angedachten Kita-Kostenerhöhung und der vom Sarrazin geplanten Streichung der Mittel für die Schul- und Sportstätten-sanierung, in Form von Großen Anfragen und den dazugehörigen Anträgen.

Beide Probleme waren ja seit dem Wochenende ausgeräumt.

Die PDS setzte auf Senatsebene vehement ihre Forderung – Keine Erhöhung der Kita-Gebühren – gemäß der Koalitionsvereinbarung durch. Nach langer Debatte, auch über Qualitätsstandards und Vergleichen zu anderen Bundesländern und wieder mal einigen Ausfällen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Sebastian Kluckert, wurde ein Antrag beschlossen, der das Bezirksamt aufforderte, sich weiterhin für stabile Gebühren im Kita-Bereich einzusetzen.

Bezogen auf das Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm beruhigte der Stadtrat Wolfgang Schimmang (SPD) die Verordneten. Alle von Neukölln geplanten Maßnahmen können im Jahr 2003 durchgeführt werden – genau wie auch im letzten Jahr. Der rot-rote Senat hat entschieden, dass alle geplanten Mittel in Höhe von 53 Millionen Euro trotz Haushaltsnotlage bereitgestellt werden.

Gute Nachricht auch, dass die Sportstätten in Neukölln in einen relativ guten Zustand seien. Die größeren Probleme lägen mehr im Ost-Teil der Stadt, so Schimmang weiter. Neukölln habe eine ausgesprochen gute Sportlandschaft, mit vielen Vereinen, die gerade auf dem Gebiet der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen viel leisten.

Religion ?

Heiß diskutiert wurde das Thema Religion an den Schulen Neuköllns. Derzeit gibt es in Neu-

kölln vier Konfessionen, die von der Möglichkeit der fakultativen Religionsunterrichtes Gebrauch machen. Es handelt sich dabei um die evangelischen und die katholische Kirche, der humanistische Verband und die islamische Förderung.

Die FDP kritisierte Form und Inhalt des islamischen Unterrichtes, der nicht in der deutschen Sprache erfolgt und so von den Schulleitern nicht eingeschätzt werden kann. Es gab erste Probleme mit frauenfeindlichen Auswirkungen gegenüber nachfolgend unterrichtenden Lehrerinnen. Die CDU forderte daraufhin, dass das Bezirksamt sich dafür einsetzen solle, dass der Religionsunterricht ein Wahlpflichtfach wird. Die Schüler sollen dann wählen können zwischen einer ihnen genehmen Religion oder einem Fach Ethik-Philosophie. Intention des Antrages war, dass durch die Erhebung des Faches „Religion“ als reguläres Unterrichtsfach eine bessere Kontrolle der Rechtmäßigkeit aller Angebote gegeben wäre, da es dann offizielle Lehrpläne pro Fach gäbe und der Unterricht in Deutsch erteilt werden müsse. Ausdiskutiert wurde dieses Problem an diesem Abend nicht. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bildung/Schule/Kultur überwiesen.

Im Rahmen der Neugestaltung des Schulgesetzes wäre dies ein Thema, welches sich auch der PDS annehmen sollte.

Wahl von Bürgerdeputierten

Die PDS nominierte Renate Irrgang als stellvertretende Bürgerdeputierte für den Ausschuss Bildung/Schule/Kultur. Wilhelm Spanknebel rückte, auf Grund des Ausscheidens von Ulf Pape als ordentlicher Bürgerdeputierter für diesen Ausschuss nach.

Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende

Anträge und Anfragen, was wurde daraus ?

Beschlossen

Hundeauslaufgebiet Hasenheide (FDP)

Die BVV folgte dem Votum des Ausschusses und lehnte die geforderten Maßnahmen zur Beseitigung der Pfützenbildung im Hundeauslaufgebiet ab.

Bestattung von Tieren (SPD)

Der Antrag, eine geeignete Stelle zur Bestattung von Tieren, zu suchen wurde angenommen

Beleuchtungseinrichtung am Venusplatz (FDP)

Die BVV stimmte dem Antrag zu, dass wenn ein Sponsor gefunden wird, eine Beleuchtung am Venusplatz möglich sei.

Busverbindung (SPD)

Die BVV beschloss den Antrag, dass sich das BA dafür einsetze, dass zwischen dem S-Bahnhof Grünau über U-Bahnhof Rudow zum S-Bahnhof Schichauweg eine Busverbindung eingerichtet wird.

Schlussberichte

Hundebedürfnisse (CDU)

Die Prüfung der Bäume im Wildmeisterdamm hat ergeben, dass eventuelle Schädigungen der Bäume nicht auf Hundebedürfnisse zurückzuführen ist.

Überquerungshilfe in der Köpenicker Straße (SPD)

Das BA hat die Makierung einer Querungshilfe in der Köpenicker Straße bei der Polizei beantragt. Die Straßenverkehrsbehörde lehnte diesen Antrag ab. Es gäbe immer genügend Lücken zwischen den Fahrzeugen, die ein gefahrloses Überqueren möglich machen.

LKW-Verbotsschilder (CDU)

Das BA hat das Verkehrszeichen „LKW-Durchfahrtsverbot“ in der Kanalstraße Ecke Mirmosenweg umgesetzt, damit das Schild „Tempo 30 Zone“ nicht mehr verdeckt wird.

Gute Antworten – Schlechte Antworten

Dritte Bürgerfragestunde am 29. Januar

Die Anwohner der Gropiusstadt sorgten sich wegen einer, von einem Investor angebotenen, Erweiterung des Walter-Gropius-Gymnasiums. Der Investor will einen Anbau mit mehreren Klassenzimmern und einer großen Aula errichten. Im Erdgeschoss soll, nach seinen Vorstellungen ein Supermarkt eröffnet werden und das alles, ohne dass der Bezirk einen Cent dafür bezahlt. Des weiteren ging es um die Erweiterung der Gropiuspassagen. Dies würde im Kiez eine zunehmende Verdichtung der Bebauung und damit auch des Verkehrsflusses, zum Nachteil der Anwohner, zur Folge haben. Baustadträtin Stefanie Vogelsang bat um das Verständnis der Anwohner, dass in der derzeitigen finanziellen Lage der Stadt und des

Bezirktes kein Angebot so einfach ausgeschlagen werden dürfe, zumal das Walter-Gropius-Gymnasium über keine Aula verfüge und viele Klassenräume den Normen nicht mehr entsprächen. Die angeblich geplante Erweiterung der Gropiuspassagen bezeichnete sie als Gerücht und versicherte, dass auch in Zukunft die Interessen der Anwohner an erster Stelle stehen.

Ganz anders fiel die Antwort auf die Frage, inwieweit das Bezirksamt den Prozess der Lokalen Agenda 21 in Neukölln unterstütze, aus. Der Bezirksbürgermeister und das Bezirksamt sehen sich nicht in der Verantwortung eine Beratung und Beschlussfassung des ersten Diskussionsentwurfes voranzutreiben;

so der Bezirksbürgermeister. In Neukölln gibt es einen hauptamtlichen Agenda-Beauftragten (eine Viertelstelle – was nicht erwähnt wurde!). Im übrigen seien 15 ABM-Kräfte, über das Arbeitsamt-Süd, mit der Dokumentation der Tätigkeiten der Lokalen Agenda 21 in Neukölln betraut und es stehe jedem Bürger frei, sich an den Sitzungen der Agenda zu beteiligen. Dem hatten leider auch die Verordneten nichts hinzuzufügen.

Am 2. April findet vorerst die letzte Bürgerfragestunde statt. Danach soll entschieden werden, ob die von der PDS angeregte Fragestunde von den Bürgern ausreichend genutzt und damit auch fortgeführt wird. Fragen sind daher, wie immer bis Freitag vor der Sitzung, willkommen.

*Lene Sörensen,
Mitarbeiterin der Fraktion*

Wohin geht die „Hartz“-Reise?

„Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder; Regierungserklärung, 10. November 1998

Wie jeder weiß, brachte dieses Versprechen nichts. Um die Wahl 2002 zu gewinnen, musste neue Hoffnung erzeugt werden. Dafür beauftragte der Kanzler im Februar 2002 Peter Hartz und weitere 13 Herren Wirtschaftskapitäne, Wissenschaftler und Beamte. Zur Ausschmückung wurde noch eine Frau bestimmt, die Mitglied des DGB ist.

Die Hoffnung half die Regierung zu retten bevor der Inhalt der Reform bekannt wurde. Die eilig beschlossenen Ausführungsbestimmungen lösten schon Aktivitäten aus: Die Arbeitsämter und die privaten Arbeitsvermittler werden umorganisiert.



Die PDS protestiert gegen die unsozialen Hartz-Konzepte – vor und nach Wahltagen.

Foto: ND

Die Erwerbslosigkeit stieg leider auf einen Höchststand.

**Berlin: 296.500 Erwerbslose, d.h. 18.384, oder 6,6 Prozent mehr als vor einem Jahr
Neukölln: 31.453 Erwerbslose**

Was kommt auf die heutigen und zukünftigen Erwerbslosen zu?

1. Neue Arbeitsplätze erwartet Hartz von klein- und mittelständigen Betrieben, die mehr Kredite aufnehmen bzw. von Gemeinden, die ihre Infrastruktur verbessern sollen. Die von den Banken geforderten Sicherheiten können die

die KMV nicht geben und die Gemeinden können keine Arbeitsplätze schaffen, wenn sie zuerst die Schulden bezahlen müssen. Die Großbetriebe rationalisieren, um Arbeitsplätze einzusparen. Die Gemeinden verringern auf Grund fehlender Steuereinnahmen ihre eigenen Dienstleistungen.

2. Zur besseren Vermittelbarkeit muss jeder seine gesamten Fähigkeiten durchleuchten und ermitteln lassen. Er/sie muss bereit sein auch andere Arbeit, als die erlernte, anzunehmen und mit entsprechendem niedrigerem Lohn zufrieden sein – sofern er höher ist als das Arbeitslosengeld (ALG). Ledige müssen Arbeit annehmen in jedem Teil der Bundesrepublik. Keiner wird gezwungen, bei Ablehnung entfällt das ALG.

3. Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft. Bei nachgewiesener Bedürftigkeit (und Arbeitsbereitschaft!) gibt es ALG II. Dabei wird rigoros angerechnet, was man erspart hat, was man an Eigentum besitzt und was der Lebenspartner verdient. Außerdem zählt der gute Wille bei „Eingliederungsmaßnahmen“.

4. Schwarzarbeit soll vom Arbeitsamt gefördert werden und künftig unter dem schönen Etikett der „Ich-AG“ firmieren. Der Ich-AG-Mensch führt auf alle Einnahmen (bis 25.000 € pro Jahr) 10 Prozent Steuern ab, sowie doppelte Beträge an die Sozialversicherung, da auch der Arbeitgeberanteil mitbezahlt werden muss.

5. Wer vom Arbeitsamt zu einem Verleiher kommt, gilt als beschäftigt, unabhängig davon ob und wo er hingeschickt wird. Die Bezahlung ist nicht geregelt, denn Firmen leihen nur, wenn es billiger ist, als Tarifarbeitsplätze.

6. Berufsvorbereitung soll schon in der allgemeinbildenden Schule für Hand- bzw. Kopf-arbeiter spezialisiert werden. Eine Ausbildung zu Teilfacharbeitern mit Niedriglöhnen wird vorbereitet.

Welche Hoffnungen entstehen nun beim Lesen? Statt Arbeit für alle durch Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung, muss man befürchten, dass lediglich eine Umverteilung von Tarifarbeitsplätzen zu Niedriglohn-Jobs stattfindet.

Georg Weise

Krieg stoppen, bevor er beginnt!

Fortsetzung von Seite 1

Das Sicherheitsrisiko für die von der Mehrheit anerkannte Weltordnung ist zur Zeit die Regierung Bush. Sie und die Regierung Indiens erwägen zur Zeit als einzige einen atomaren Erstschlag. Besonders die USA-Administration drängt darauf, die seit 1991 verhängten Sanktionen gegen den Irak aufrecht zu erhalten. Damit ist sie mitverantwortlich für die etwa eine Million Armutstoten im Irak. Eine Entwaffnung des Iraks wäre niemanden ein Dorn im Auge. Doch solange die USA internationale Vereinbarungen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen und die Ächtung von biologischen und chemischen Kampfstoffen blockiert und boykottiert, sind alle Ansprüche dieser Art an jeden anderen Staat der Welt politisch abwegig und kaum durchsetzbar.

Deshalb vernetzen sich die Kriegsgegner kommunal, national aber auch global immer besser und bilden so mittlerweile eine riesige Bewegung. Vor drei Wochen waren in Washington 500.000 Menschen vor dem Weißen Haus, um für uns alle vor Ort zu fordern: Mr. Bush, stoppen sie diesen Krieg bevor er beginnt! Aber auch die Bundesregierung muss weiter unter Druck gesetzt werden, damit Rot-Grün ihren richtigen Weg weiterverfolgt und noch ausbaut. Ein Juristenausschuss des Bundestages hat gerade festgestellt, dass es trotz Bündnisverpflichtungen durchaus möglich ist, den deutschen Luftraum und die militärische Infrastruktur in der Bundesrepublik bei einem Angriffskrieg ohne UN-Mandat für die USA zu sperren. Hingegen wäre jede Form der aktiven und passiven Unterstützung unserem Grundgesetz folgend untersagt und unter Strafe zu stellen.

Kommen sie alle am **15. Februar**, dem internationalen Aktionstag gegen den Irak-Krieg zur Demonstration am Breitscheid- und Alexanderplatz. Machen sie ihrem Unmut endlich Beine. Wir können und müssen diesen Krieg verhindern. Dies wollen wir in Solidarität mit der krisengebeutelten Bevölkerung im Irak, sowie im Schulterschluss mit den vielen Kriegsgegnern in den Vereinigten Staaten von Amerika tun. **Günter Noack**

Messe für kleine und mittelständische Unternehmen

Neuköllner Betriebe, als Produzenten und Dienstleister für Neuköllner Bürger vorzustellen und zu empfehlen, war der Sinn einer Werbe-Ausstellung im Gewerbe-Hof „Hermares“ in der Mahlower Straße 24.

16 Privatbetriebe aus dem Kiez waren vor Ort, sowie Ausbildungsdienste der „Wirtschaft und Arbeit Neukölln“, das Frauenwirtschaftszentrum und die Gsub.

Der Veranstalter war „pro KMU“, ein Zusammenschluss kleiner Betriebe, mit Unterstüt-

zung des QM Schillerpromenade.

In ungezwungener Atmosphäre bot sich reichlich Raum für allgemeine und spezielle Informationen und Beratung mit den Anbietern. Zusätzlich gab es einen Vortrag und Auskünfte durch einen Vertreter der Investitionsbank Berlin. Zwei Professoren machten Vorschläge nützlicher Zusammenarbeit im Kiez. Es ging aber auch darum, nachhaltig allen Bewohnern existenzsichernde Arbeit zu ermöglichen, wobei ohne größeren Finanzaufwand örtliche Un-

zulänglichkeiten behoben werden könnten. Leider fehlte in der Vorbereitung ein Werbeexperte, damit mehr Nachbarn, Gewerbetreibende und Bezirkspolitiker an einer Teilnahme interessiert worden wären. Vielleicht gelingt die 2. Lokale KMU-Messe im September mit noch mehr Teilnehmern und Erfolg.

Georg Weise

Mehr Informationen im Internet:
www.pro-kmu.de

Die Galerie zeigt im Februar und März die Ausstellung „Die Frauen in der Rosenstraße“.



Galerie „Olga Benario“
Richardstraße 104,
U-Bahn Karl-Marx-
Straße

Die Ausstellung dreht sich um die Fabrik-Aktion vom 27. Februar 1943, wo jüdische Zwangsarbeiter von der SS aus den Betrieben getrieben wurden.

Von vier Sammelstellen aus wurden 12.000 Menschen nach dieser Aktion in die Vernichtungslager im Osten deportiert. Es kam zu Protesten der Frauen in der Rosenstraße, die die Freilassung ihrer Männer und Angehörigen forderten.

Bis heute fehlt eine Gesamtauflistung aller Berliner Betriebe, die von der SS-Aktion erfasst waren. Nur wenige jüdische Mitbürger konnten durch Freunde gerettet werden.

Eine würdige Auflistung der Todestransporte befindet sich auf der Rampe am Güterbahnhof Grunewald. Ein Ort zum Nachdenken!

Wurden im Dezember 1939 noch 78.713 Juden in Berlin registriert, waren am 30. März 1945 nur noch 599 „Nichtarier“ in der Stadt.

Bis 27. März 1945 rollten die Transporte zur Vernichtung gen Osten und alles unter der Losung: „Räder rollen für den Sieg“.

Veranstaltungen in Neukölln

5. Februar bis 9. März ab 11.00 Uhr

Rathausralley mit Fledermaus

im Rathaus Neukölln

14. Februar, 19.30 Uhr

Musik in der Alt-Buckower Dorfkirche –

Irische Folklore

15. Februar, 20.00 Uhr

Eiskalte und knallharte Chansons

mit Claudia Herr und Karen Fortbringer,
Dorfschule Alt-Rudow

16. Februar, 16.00 Uhr

Kindertheater

„Der Schatz von Käpt'n Brook“

ab 4 Jahre

in der Dorfschule Alt-Rudow

20. Februar, 19.00 Uhr

Vernissage im Restaurant der

Werkstatt der Kulturen,

Wissmannstraße

21. Februar, 20.00 Uhr

Liederabend

im Schloss Britz

28. Februar, 20.00 Uhr

„Karneval der Tiere“,

Konzert im Schloss Britz

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.

Herausgeber: PDS Neukölln,

Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 31. 1. 2003

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Termine der PDS Neukölln

Mitgliederversammlung

14. Februar, 19 Uhr

GS, Richardplatz 16,

Thema: Vorbereitung Landesparteitag

Diskussion zum Arbeitsplan 2003

Vorstandssitzungen

7. und 21. Februar, 16 Uhr

GS, Richardplatz 16

Fraktionssitzung

17. Februar, 18 Uhr

Rathaus Neukölln, Zimmer 307

BVV-Sitzung

26. Februar, 17 Uhr

Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Sprechstunde Evrim Baba (MdB)

21. Februar, 14- 16 Uhr

GS, Richardplatz 16

Offene Diskussionsrunden

18. Februar, 18 Uhr

GS Spandau, Judenstraße

Thema: Wie weiter mit der PDS

Gast: Gabi Zimmer

21. Februar, 19 Uhr

GS Richardplatz 16,

Krieg-Frieden-Problematik

Gast: Wolfgang Gehrcke ?

Landesparteitag

22./23. Februar ab 10 Uhr

Corvus, Lichtenberg

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag:

Evrim Baba
Güvenic Ilhan
Musa Aktas



Wir nehmen Abschied

Von uns gegangen ist

HERBERT ALLENSTEIN.

Er wirkte langjährig als Stadtreporter beim Berliner Rundfunk. In Erinnerung bleibt seine Rede 1965 an der Transportrampe des Güterbahnhofes Grunewald und sein Eintreten für die Aufnahme junger Antifaschisten 1977 in den Verfolgtenverband.

Desweiteren verloren wir unseren langjährigen Genossen

HORST GRUBE,

den Alt-Gesellen der Bäcker-Innung und Initiator der ersten Bürgerinitiative in der Gropiusstadt, die den Weg für ein besseres Wohnumfeld veranlasste.

Auch verloren wir die treue Mitstreiterin

KÄTHE SCHMIDT,

die uns Jahrzehnte in unserem Kampf um Frauenrechte und Gerechtigkeit begleitete.

1. Neu-köllnisch-Klausur

Mit Tom Strohschneider, Redakteur bei der Tageszeitung „Neues Deutschland“

„Wie können wir unsere Bezirkszeitung besser machen?“

15. März ab 10 Uhr

in der PDS Geschäftsstelle am Richardplatz 16

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!